

Für die diesjährigen Theologischen Tage der Leipziger Theologischen Fakultät vom 26. bis 28. April wurde mit dem Thema Biblische Theologie und Christlich-Jüdische Begegnung ein spannungreiches Problemfeld gewählt. Die Relevanz und auch Brisanz dieses Themas, das wissenschaftliche Theologie und kirchliches Handeln eng zusammenführt, wurde während der gesamten Arbeit deutlich.

Prof. Rolf Bendtorff, Heidelberg, untersuchte kirchliche Verhandlungen insbesondere nach 1945 zum Verhältnis Kirche-Judentum. Er stellte fest, daß diese Frage, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum Gegenstand ausführlicher Reflexionen wurde. Neben dem Wort zur Judenfrage vom April 1950 der Synode der EKD, das an der Erwählung Israels als Volk Gottes festhält, stehen Äußerungen, die das Verfaßthein mit der Verwerfung- und Entwertungstheorie belegen. Markierungspunkte einer Neubestimmung stellen katholischerseits das 2. Vatikanum und evangelischerseits der - allerdings umstrittene - Synodalbeschluss der Rheinischen Synode von 1980 dar. Der Referent beschrieb das Verhältnis von Kirche und Judentum unter Verwendung einer Formulierung dieses Synodalbeschlusses so, daß Israel Gottes erwähltes Volk ist und bleibt und die Kirche durch Christus in diesen Bund mit aufgenommen worden ist.

Abgabe an Antisemitismus

Prof. Sigfried Wagner, Leipzig, würdigte in seinem Vortrag Leben und Werk des langjährigen Leipziger Alttestamentlers Franz Delitzsch (1813-1890), eines der Mitbegründer der Judaistik, dessen 100. Todestag am 4. März in diesem Zusammenhang gedacht wurde. Delitzschs Beschäftigung mit dem Judentum entsprang seinem jüdenmissionarischen Engagement. Zugleich führte sie ihn auch zu einer konsequenten Abgabe an den in den 70er und 80er Jahren des 19.

Versagen und Hoffnung bilden Erbe

Christlich-Jüdischer Dialog im Licht

Biblischer Theologie

Jahrhunderts erstarkenden Antisemitismus. Deutlich wurde das Bild eines großen eigengeprägten Gelehrten, dessen Lebenswerk weit in den Raum der Kirche hineinreichte.

Aspekte einer Begegnung von neutestamentlicher Wissenschaft und Judaistik wurden von Prof. Wolfgang Wiefel, Leipzig, dargestellt. Waren die Wegbereiter evangelischer Judaistik die drei Alttestamentler H. L. Strack (1848-1922), F. Delitzsch (1813-1890) und G. Dalman (1855-1941), die vor allem der Jungeneration verpflichtet waren und die auch innerhalb der alttestamentlichen Wissenschaft eine Sonderstellung einnahmen, so würde die Erforschung jüdischer Quellen als Erkenntnisinstrument exegesischer Arbeit exemplarisch von dem Neutestamentler (1852-1928) verwirklicht.

Eindringen in Literatur

Im weiteren Verlauf waren es zum Teil Vertreter einer theologisch konservativen Richtung, die sich um das Eindringen in die jüdische Traditionsliteratur bemühten. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist u. a. das von G. Kittel herausgegebene Theologische Wörterbuch zum Neuen Testament. Für die Vertreter der religionsgeschichtlichen Schule, die fast alle auch dem kirchlichen und politischen Liberalismus verbunden waren, spielte das rabbinische Judentum eine wesentlich begrenzte Rolle. Ihr Interesse galt vor allem dem hellenistisch-orientalischen Synkretismus. Die Stellung zur Judenfrage nach 1933 zeigte jedoch, daß eine historisch-philologisch fundierte Annäherung an das Judentum das Verhalten theologischer Forschung und Publizistik nicht eindeutig bestimmt hat. So waren es im wesentlichen die Vertreter der liberalen Richtung, von denen die Marburger Erklärung gegen den Antisemitismus „Neues Testament und Rassenfrage“ verfaßt und unterzeichnet wurde. Versagen und hoffnungsvolle Ansätze gehören so gleichermaßen zum Erbe der neu begründeten evangelischen Judaistik.

Bereichert wurden die Theologischen Tage durch eine Ausstellung in der Nikolaikirche zu Leben und Werk Franz Delitzschs, gestaltet vom Institutum Judaicum Delitzschianum unter Leitung von Prof. H. Lichtenberger, M. HÖNEBURG

Magd der Politik hat Anstellung verloren

Im Gespräch mit Hermann Weber, Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Uni Mannheim, Nestor bundesdeutscher DDR-Forschung

Prof. Dr. Hermann Weber, Nestor bundesdeutscher DDR-Forschung, hielt im April zwei Vorträge an der Karl-Marx-Universität. Wir baten den angesehenen Historiker, der u. a. auch Autor des erregenden Buches „Weiße Flecken in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinistischen Säuberungen und ihre Rehabilitierung“ ist, es erscheint demnächst auch in der DDR, um ein Gespräch. Herr Professor, Sie äußerten, daß Sie nie daran gedacht hätten, einmal an DDR-Universitäten sprechen zu können. Warum die Skepsis?

Ich durfte 37 Jahre überhaupt nicht in die DDR und war im Mai 1989 erstmals wieder in Ost-Berlin zu einer Konferenz, zusammen mit der Historischen Kommission der SPD, der ich angehöre. Deren Meinung war: Entweder fahren wir alle oder keiner. Deshalb haben mich wohl die damals Herrschenden überhaupt heringelassen.

Aus zwei Gründen war das vorher nicht möglich. Zum einen bin ich in meiner frühen Jugend selbst Kommunist gewesen und war auch an der ehemaligen SED-Parteihochschule „Karl Marx“. Wenn man dann im Sinne der damaligen SED abtrünnig wurde, war man natürlich gebrandmarkt. Der wichtigste Grund aber: Ich gehörte in der BRD zu den schärfsten Kritikern der hiesigen Entwicklung und bin dafür von vielen Kollegen in der DDR heftig angegriffen worden. Aber auch viele in der BRD glaubten, meine Einschätzungen seien überzogen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß ich hier und da sogar noch zu zahm gewesen bin. Man wollte mich als Wissenschaftler, zudem mit dieser Vergangenheit, also möglichst nicht hier haben. Daß es nun doch so schnell geklappt hat, hätte ich nie gedacht.

Mit welchen Gefühlen sind Sie in die DDR gekommen?

Mein Besuch ist für mich eine gewisse Genugtuung - nicht aus Rechthaberei, sondern weil ich spüre, daß meine Analysen hier interessieren und vielleicht auch gebraucht werden. Andererseits ist auch etwas Traurigkeit in mir. Denn ich hätte mir schon gewünscht, daß die DDR durch einen Prozeß der Demokratisierung mit

mehr Chancen in die deutsche Vereinigung gegangen wäre als jetzt. Ich empfinde das fast als eine Art Anschluß.

Sie beschäftigen sich wissenschaftlich mit Themenfeldern wie die Stalinismus-Problematik in der Geschichte von KPD, SED, DDR. Was wäre in Ihren Augen das Wichtigste, das die Historiker der DDR bei solchen Forschungen beachten müssten?

Mich irritiert momentan am meisten, daß der Begriff „Stalinismus“ bei ihnen so inflationär verwendet wird; ohne klare Aussagen, was das eigentlich ist. Noch mehr aber irritiert mich, daß viele vom Stalinismus als einem deformierten oder administrativ-bürokratischen Sozialismus sprechen. Ich finde, er war nicht irgendeine Form von Sozialismus, sondern ein eigenständiges gesellschaftspolitisches Diktatorsystem und - durch Säuberungen und Personenkult gekennzeichnet - auch ein terroristisches System. Und es war ein hierarchisches System, das von vielen - wenigstens mit unterschiedlicher Verantwortung - getragen wurde. Es wäre der DDR dringend zu raten, dies alles aufzuarbeiten. Das kann man aber nur mit klaren Analysen und nicht mit Sammelbegriffen, die viel Wichtiges wegräumen.

Wobei ich zweierlei betonen will: In der DDR-Geschichtswissenschaft wurde natürlich nicht nur Makulatur produziert, sondern ist ernsthaft geforscht worden, worauf man zurückgreifen kann. Nur muß man den für Wissenschaft unabhängigen kritischen Geist stärker einbringen. Und zweitens war auch vieles von dem, was wir in der BRD gemacht hatten, aus der Distanz der Jahre gesehen verzerrt. Es ist deshalb keineswegs die Absicht meiner Reise hierher gewesen, Ratschläge zu erteilen, was was aufbereitet werden muß. Dies wäre sicherlich überheblich - wenn ich auch gestehen muß, daß ich schon empfehle, sich einige der Werke, die ich in den vergangenen drei Jahrzehnten schrieb, etwas genauer und unter anderen Aspekten anzusehen, als das vielleicht damals geschehen ist.

Wie sollte Geschichtswissenschaft aussehen, die nicht mehr von offizieller Stelle zur Magd der Politik degradiert wird? Und kann ein Historiker überhaupt außerhalb von Parteiparolen stehen?

Ich hänge nicht der Theorie an, daß es eine Wertfreiheit gibt. Als politischer Mensch, der in der Regel auch der Historiker ist, hat man natürlich einen politischen Standpunkt. Nur muß man akzeptieren, daß man ihn nicht vorgegeben in seine wissenschaftliche Tätigkeit hineinträgt. Für die DDR-Geschichtswissenschaft war ja schlimm, daß es eine vorgefaßte Meinung gab, die sie im nachhinein zu belegen hatte. Das hat mit Wissenschaft nichts zu tun. Diese muß vielmehr versuchen, vorurteilsfrei an die Fakten heranzugehen und daraus Schlüsse zu ziehen, selbst wenn sie unangenehm sind. Mit das Entscheidende scheint mir zu sein, daß doch diese bisherige Instrumentalisierung überwunden wird.

Auf welchen Gebieten könnten Ihrer Meinung nach die Historiker der

beiden Höhen Schulen in Leipzig und Mannheim zusammenarbeiten?

Ich kann mir vorstellen, daß wir, gerade was die Geschichte des deutschen Kommunismus betrifft, da hier auch sehr viel sozialgeschichtlich gearbeitet wird, gemeinsam mit einem neuen Ansatz etwa an die ganze Frage der KPD-Entwicklung, der Stalinisierung und der Hintergründe herangehen. Dies dann gewissermaßen von zwei Seiten aus: von meiner These, daß das vor allem ein Strukturproblem und von da her gesehen sehr stark von der Organisation bestimmt ist, daß man aber eben natürlich auch den sozialgeschichtlichen Unterbau in Deutschland prüft. Vielleicht ist es möglich, einmal das Führungskorps der KPD, das ich sehr breit unter dem Prozeß der Stalinisierung untersucht habe, jetzt auch nach den neuen sozialgeschichtlichen Untersuchungsmethoden zu erfassen. Das bedeutet, einen möglichst breiten Bestand von Funktionären zu beleuchten und eventuelle Schlußfolgerungen für ein Erklärungsmuster dieses Stalinisierungsprozesses zu ziehen.

Sie wies in einer Stadt, die mit dem Oktobergeschehen 1989 in die Geschichtsbücher eingehen dürfte. Wie sehen Sie persönlich das, was sich hier vollzog?

Ausgangspunkt für alles war ganz gewiß Gorbatschows Politik, ohne die nichts gegangen wäre. Dann preschten die Ungarn mit ihrer Grenzöffnung weit vor, aber dann waren auch schon die Demonstrationen in Leipzig, die für den Demokratisierungsprozeß in der DDR außerordentliche Bedeutung hatten. Für mich persönlich ist es einfach beeindruckend, hier zu sein, wo dies alles seinen Anfang nahm. Und noch etwas: Als Sozialdemokrat fühle ich mich dem Werden der Arbeiterbewegung eng verbunden. Und da hat Leipzig natürlich nicht nur Lassalle und den ADAP, sondern Traditionen der verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung, wovon nach 1948 leider vieles in Vergessenheit geriet. So hoffe ich auch, daß sich diese Traditionslinien einmal fortsetzen werden.

Dr. STEFAN POPPITZ



KMU-Geschichtsstudenten besuchten Kölner Historiker

Der Kölner Historiker Leo Hauptmann muß wohl stolz auf seine Heimatstadt sein. Und Leute aus der DDR müssen ihn interessieren. Weshalb sonst hätte er bereits im Herbst des vergangenen Jahres den Entschluß gefaßt, eine Gruppe Leipziger Geschichtsstudenten um Professor H. Zwahr zu sich einzuladen? Ende April war es dann soweit: Wir fuhrten an die Stadt am Rhein.

Wenn es stimmt, daß in der Vergangenheit DDR-Bürger ihre Besuche im Ausland mit Äußerungen zwischen: „Nichts gab's zu kaufen.“ und „Alles gab's zu kaufen.“ resümierten, dann sind wir bereits keine richtigen DDR-Bürger mehr.

Köln ist eine faszinierende Stadt. Dem historisch interessierten lichte beim Anblick der meistlich restaurierten romanischen Kirchen das Herz im Leibe. Oberhaupt beeindruckte uns der gute bauliche Zustand nahezu aller Gebäude. Nicht zuletzt darauf ist wohl der Stolz der Kölner auf ihre Stadt zurückzuführen. Stolz ohne Nationalismus, Zufriedenheit ohne Apologie - das war es, worauf wir trafen. Die schnell gewonnene Erkenntnis, das

Von der Pleiße an den Rhein

Land, Leute und Lehre an der Uni kennengelernt

eigene Land politisch nicht repräsentativ zu verkörpern, beförderte die Sympathie der Studenten füreinander.

An drei Abenden stellten Professor Hauptmann und seine Gattin ihr Haus zu ausgiebigen Mahlzeiten und ebenso ausgiebigen Diskussionen zur Verfügung, bei denen beide Seiten nicht nur satt, sondern auch klüger wurden. Eine wichtige Erkenntnis bestand wohl darin, daß an unserer Universität gute Voraussetzungen für eine demokratischere und effektivere Form von Forschung, Studium und Lehre als an der Uni zu Köln bestehen. So üben sich die dortigen studentischen Interessenvertreter lieber im Kopie-



Die Pleiße in Köln

Die ehernen Grundsätze der hohen Kunst der Diplomatie

Ereignisse von entscheidender Bedeutung, wie vor allem der rasant einsetzende deutsche Vereinigungsprozeß, der Zusammenbruch stalinistischer Herrschaftsstrukturen in Osteuropa, das Dahinsinken des Warschauer Vertrages, das allmähliche Absterben der DDR-Staatlichkeit und die starken Unabhängigkeitsbestrebungen der baltischen Republiken werfen Fragen nach den üblichen Grundsätzen der hohen Diplomatie auf, die zur Problemlösung führen können.

Gestützt auf Denkleistungen fast mit Ewigkeitswert des Abendlandes (Aristoteles, Machiavelli, Talleyrand, Metternich, Tocqueville, Nicolson) sollen hier, auch etwas im Sinne der inzwischen viel strapazierten **Universitäts litterarum**, einige Grundsätze der hohen diplomatischen Schule skizzenhaft vorgestellt werden. Zugleich sollen einige Hintergründe ein biliebet erhellet werden.

1. In den internationalen Beziehungen geht es um Interessen (Hegel: „Interessen bestimmen das Handeln der Völker“), d. h. letzten Endes um den eigenen Vorteil („sympheron“, „utilis“). Es gilt unerschütterlich der Grundsatz „Proximus sum ego mihi“ („Jeder ist sich selbst der Nächste“). Auch wenn die Staaten offiziell etwas anderes deklarieren, wie z. B. Solidarität, Brüderlichkeit und „communio bonum“ („Gemeinwohl“), überschattet der utilitaristische Grundgedanke alles.

Starke Staaten handeln und setzen ihre egoistischen Machtinteressen ohne Hemmungen durch. Den schwachen und kleinen Staaten hingegen bleibt nichts anderes übrig, als sich auf Moral und Gerechtigkeit zu berufen. Sobald sie jedoch mächtig geworden sind, vermeiden sie, derartige Begriffe zu verwenden.

Mitte („meson“, „aurea mediocritas“, „Goldene Mitte“). Hierbei handelt es sich um die Anwendung des aristotelischen **mesotes**-Prinzips in der Diplomatie. Dieses Prinzip wird im Baltikum von Estland, jedoch bis jetzt nicht von Litauen beachtet.

Die „Goldene Mitte“ kann nicht nur ein Entweder/Oder, sondern eher durch ein Sowohl/Als auch (sehr bekannt im Konfuzianismus und im Schintzianismus) erreicht werden. Die Überstürzte und extreme Anwendung des Entweder/Oder z. B. bei der Durchsetzung durchaus berechtigter nationaler Interessen kann neues Unrecht verursachen. Dann würde der Grundsatz einspielen: „Summum ius summa iniuria“ („Höchstes Recht ist höchstes Unrecht“).

3. Verhandlungen müssen auf der Basis der Freiwilligkeit und der Gleichberechtigung geführt werden. Letzteres wäre hinsichtlich der zu erwartenden komplizierten Verhandlungen DDR/BRD zu wünschen. Kommen Verträge nicht völlerrechtsgemäß zustande, dann sind sie **ex tunc** (schon damals bzw. ab initio von Anfang an) rechtsunfähig, d. h. nichtig. Auf sie wird das Rechtsprinzip **pacta servanda sunt** (Verträge sind einzuhalten) nicht anwendbar. Werden durch Unrecht Tatsachen geschaffen, dann hat man das Recht, sie rückgängig zu machen. Im Baltikum ist dies der Fall. Hier spielt der uralte Grundsatz des Abendlandes ein: „**ex iniuria non oritur ius**“ („Aus Unrecht erwächst kein Recht“). Dabei sollten die Staaten jedoch behutsam vorgehen, denn es gilt auch, das **Stabilitätsfordernis** zu beachten.

4. Geht es um sicherheitspolitisch brisante Fragen (z. B. Abrüstung, in der Perspektive Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland), denken vor allem

Nach gegenseitigen Vorwürfen meistens doch noch Einigung

UZ bietet interessante Einblicke und Hintergründe zum Thema: Ablauf außenpolitischer Verhandlungen

2. Weil jeder Staat versucht, seine Interessen durchzusetzen, entsteht ein vielschichtiges Interessenkoordinatensystem (parallele, übereinstimmende, gemeinsame, sich kreuzende aber auch konträre Interessen). Die gegenwärtige internationale Rechtsordnung verbietet die Interessendurchsetzung mit den Mitteln der militärischen Gewalt. Deswegen kommt es in der Regel durch gegenseitige Kompromisse zu einem **Interessenausgleich**. Er erfolgt auch auf der Basis von Leistung und Gegenleistung („do ut des“).

In der Verhandlungsdiplomatie sieht es in der Regel folgendermaßen aus: Zu Beginn der Verhandlungen stellen die Staaten ein Maximum an Forderungen, obwohl ihnen von Anfang an klar ist, daß höchstens 60 bis 70 Prozent davon eine Realisierungschance haben. Kluge Verhandlungsführer haben jedoch mehrere Varianten in petto, die während des Verhandlungsprozesses als wichtige Geheimnisse gelten. Dahinterzukommen ist Aufgabe der Geheimdienste. Während des Verhandlungsprozesses machen die Staaten schleichweise Kompromisse und entfernen sich dadurch von ihren ursprünglichen Ausgangspositionen. Kurz vor dem erfolgreichen Ende der Verhandlungen wird die Situation künstlich angeheizt. Die Massenmedien werden eingeschaltet. Die gegenseitigen Vorwürfe häufen sich. Dies ist im allgemeinen ein Zeichen dafür, daß es nur um stinge, jedoch um die entscheidenden Fragen geht. Meistens erfolgt danach auch die Einigung. Kurz nach der Unterzeichnung der fertigen Dokumenten geben die Regierungsvertreter je nach Bedeutung des eigenen Staates Erklärungen ab. Die Vertreter einer Großmacht sprechen von einem „Sieg der Vernunft“. Die Vertreter kleiner Staaten hingegen unterstreichen mit zur Schau getragenen Selbstbewusstsein ihren „glänzenden“ diplomatischen Sieg. Die Verhandlungspartner treffen sich also in der

die Großmächte in den Kategorien des Gleichgewichts, zumal die Schaffung kollektiver Sicherheitsstrukturen gegenwärtig eine (angelegte) Chimäre sind. Gerade im Kontext des deutschen Wiedervereinigungsprozesses wird der Gedanke des Gleichgewichts (*isotopia*, *equilibrium*, *balance of power*, *balance of power*) eine Renaissance erleben. Die in Europa zwischen dem 18. und Anfang des 20. Jahrhunderts übliche europäische Gleichgewichtspolitik („*instans potentiae equilibrium europaeum*“) wird also wieder aktuell.

5. Als gleichberechtigter Verhandlungspartner wird nur jener Staat akzeptiert der Selbstachtung und Selbstbewußtsein besitzt. Sonst ist er um es talopp zu formulieren, verraten und verkauft. Sind die entsprechenden Dokumente bereits unterschrieben worden, dann ist es in der Regel zu spät, die Interessen des eigenen Volkes konsequent wahrzunehmen. Genau dies sollte bei der Realisierung des Vereinigungsprozesses vermieden werden. Es ist u. a. ein Gebot der Selbstachtung und auch des gesunden Menschenverstandes, daß zuerst ein Staatsvertrag bzw. eine Staatsakte zwischen den beiden deutschen Staaten abgeschlossen wird. Darin können genau die Bedingungen festgelegt werden, um dann Art. 23 (1. Schritt) und Art. 145 (2. Schritt) des BRD-Grundgesetzes, natürlich mit wesentlichen Ergänzungen, anzuwenden.

6. Weil das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes in der Regel über die Souveränität seines Staates realisiert wird, muß der verhandlungsführende Staat das Selbstbestimmungsrecht achten. Tut er das nicht, dann wird er mit dem Satz „**Vox populi vox dei**“ („Stimme des Volkes Stimme des Gottes“) sogar im Sinne des „**iuris resistendi**“ („Widerstandsrecht“) konfrontiert.

Doz. Dr. sc. PANOS TERZ, Institut für internationale Studien